

## Clean Industrial Deal Anhang

# EU-Aktionsplan für Stahl und Metall (Steel and Metals Action Plan, SMAP) – Stellungnahme von industriAll Europe

Der europäische Stahl- und Grundmetallsektor steckt derzeit in einer tiefen Krise. Hohe Energiekosten, sinkende Nachfrage, unlautere Handelspraktiken vor dem Hintergrund weltweiter Überkapazitäten sowie zunehmender Wettbewerb durch Erzeuger aus Drittländern haben der Branche schwer zugesetzt. Die Produktionsmengen sind eingebrochen, Arbeitsplätze werden abgebaut, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, Investitionen von Stahlunternehmen mit Sitz in der EU sind zurückgegangen. Ganze Gemeinschaften leiden unter den Auswirkungen. Solange auf EU-Ebene keine entschlossenen und koordinierten Maßnahmen ergriffen werden, bleibt die Zukunft des europäischen Stahl- und Grundmetallsektors sowie der davon abhängigen Beschäftigten und Regionen ernsthaft gefährdet. Diese Krise gefährdet auch die Erreichung der übergeordneten industriellen und ökologischen Ziele der EU. Eine resiliente europäische Stahl- und Grundmetallindustrie ist nämlich von entscheidender Bedeutung, um den Grünen Deal zu verwirklichen, die Energiewende zu unterstützen und die strategische Autonomie und Sicherheit der EU zu gewährleisten.

Seit 2020 fordert industriAll Europe immer wieder einen eigenen europäischen Aktionsplan für die Stahlindustrie und setzt sich gleichzeitig für koordinierte Strategien im Bereich der Nichteisenmetalle ein. IndustriAll Europe begrüßt die Entscheidung der Europäischen Kommission, nach jahrelangen Warnungen und Mobilisierungsaktionen endlich tätig zu werden. Die Vorlage des lang erwarteten Aktionsplans für Stahl und Metall sowie des Übergangspfads für den Metallsektor im März 2025 ist eine längst überfällige Anerkennung der strategischen Bedeutung der Branche und ihrer vielfältigen existenziellen Herausforderungen.

Zwar ist der Aktionsplan ein positiver Schritt nach vorn, in seiner jetzigen Form lässt er jedoch die erforderliche Dringlichkeit und Klarheit vermissen. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen sind vage und stellen in erster Linie eine Abwandlung allgemeiner EU-Initiativen wie des Deals für eine saubere Industrie und des Aktionsplans für erschwingliche Energie dar, die nun auf den Stahl- und Grundmetallsektor zugeschnitten sind. Der Plan gliedert sich in sechs zentrale Säulen: Energiekosten, CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), Handel und Überkapazitäten, Kreislaufwirtschaft, Arbeitsplätze und Nachfrage.

Die Lage des Sektors hat sich seit der Veröffentlichung des Plans weiter verschlechtert. Als Reaktion darauf hat industriAll Europe eine Erklärung abgegeben, in der der Verband seine Forderung nach sofortigen und ehrgeizigen Maßnahmen der Europäischen Kommission, der Mitgliedstaaten und der Industrie zum Schutz der Arbeitsplätze, zur Erhaltung der industriellen Kapazitäten und zur Sicherung der Zukunft der Stahlproduktion in Europa bekräftigt. Siehe die Erklärung [hier](#).

## Kernbotschaften von industriAll Europe

- **Energiekosten:** Energie bleibt die größte Herausforderung für den Sektor. Der Plan räumt zwar Marktversagen bei der Energiepreisgestaltung ein, enthält jedoch keine konkreten Regulierungsreformen. Die derzeitige Abhängigkeit von industrieller Flexibilität und befristeten staatlichen Beihilfen ist nicht tragbar. Eine Strukturreform des Strommarktes ist dringend erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit und den langfristigen Fortbestand der europäischen Stahl- und Gussmetallerzeugung zu sichern.
- **CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM):** Im Aktionsplan für Stahl und Metall werden Lösungen für Exporte angekündigt, um den Anwendungsbereich auf nachgelagerte Waren in der Lieferkette auszuweiten und sogenanntes „Resource Shuffling“ effektiver zu bekämpfen. Die Schließung dieser Schlupflöcher im CBAM wäre eine erhebliche Verbesserung. Allerdings sind noch keine Einzelheiten zu den Initiativen bekannt, obwohl deren Umsetzung dringend erforderlich ist, um eine Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verhindern, die durch die Reform des Emissionshandelssystems im Jahr 2023 noch verschärft werden würde. Da es sich bei CBAM um die erste Initiative dieser Art handelt, müssen alle politischen Optionen zur Verhinderung von Carbon Leakage in Betracht gezogen werden, falls CBAM nicht die erwarteten Ergebnisse liefert.
- **Handel und Überkapazitäten:** Das Engagement für eine Stärkung der Handelsschutzinstrumente und die Annahme langfristiger Maßnahmen wird begrüßt. Der Vorschlag, zur Bestimmung des Ursprungs von Waren aus Metall eine „geschmolzen und gegossen“-Regel einzuführen, ist vielversprechend, muss jedoch rasch umgesetzt werden, um Umgehungen und unlauteren Wettbewerb zu verhindern.
- **Kreislaufwirtschaft:** Die Aufnahme der Kreislaufwirtschaft als eigene Säule ist eine positive und willkommene Anerkennung ihrer Bedeutung für die Nachhaltigkeit des Stahlsektors. Die Anerkennung von Stahlschrott als strategischen Sekundärrohstoff im Plan ist ein bedeutender Fortschritt. Wir begrüßen ebenfalls die Handelsmaßnahmen, die eine ausreichende Verfügbarkeit von Altmetallen innerhalb der EU gewährleisten sollen. Derzeit sind viele Kreislaufwirtschaftsinitiativen jedoch noch sehr allgemein gehalten, konkrete Details sind Fehlanzeige. Beispielsweise sollten nicht nur steuerliche Anreize zur Reduzierung von Schrottexporten geschaffen werden, sondern auch strenge Exportbeschränkungen für Lieferungen in Länder in Betracht gezogen werden, die keine vergleichbaren Umwelt- und Sozialstandards einhalten. Dies würde dazu beitragen, eine ausreichende Verfügbarkeit dieses Sekundärrohstoffs für die europäische Stahlindustrie sicherzustellen. Um ihr Potenzial voll auszuschöpfen und eine nachhaltige sowie diversifizierte Rohstoffversorgung sicherzustellen, sind gezielte Maßnahmen und eine konsequente Durchsetzung unerlässlich. Zu den gezielten Maßnahmen gehört auch, dass Investitionen getätigt werden und deren konkrete Umsetzung in Anlagen, Einrichtungen und Ausrüstungen für die Sammlung und Vorbehandlung von Altmetall sichergestellt wird.
- **Arbeitsplätze:** Der Plan erkennt die Bedeutung der Einhaltung von Arbeitsnormen sowie die Unterstützung der Sozialpartner während des Übergangs an. Zu den positiven Schritten zählt die Einrichtung einer Beobachtungsstelle für einen gerechten Übergang, die bereits aus anderen EU-Initiativen bekannt ist. In dem Dokument wird auch auf Änderungen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) verwiesen. Doch derzeit gibt es keine Garantie dafür, dass diese zu einer wirksamen, rechtzeitigen und gezielten Unterstützung der Beschäftigten führen werden. Insgesamt bleibt die Säule für Kompetenzen und die soziale Dimension schwach ausgeprägt. Sie liefert vor allem Diagnosen und schöne Worte, aber keine ausreichende konkrete

Unterstützung. Es sind dringende Maßnahmen erforderlich, darunter ein Rechtsrahmen zur Antizipation von Veränderungen und ein Schutzmechanismus, um betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern, bevor Verhandlungslösungen gefunden sind. Diese Säule muss deutlich gestärkt werden, um den drängenden sozialen Herausforderungen des Sektors gerecht zu werden.

- **Nachfrage und Leitmärkte:** Initiativen zur Förderung von grünem Stahl durch Kennzeichnung, Reformen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Anreize in nachgelagerten Sektoren sind zu begrüßen, jedoch fehlen derzeit noch konkrete Details. Ihre Wirksamkeit wird vom geplanten Rechtsakt zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie und den Umsetzungsrahmen abhängen. Diese Initiativen reichen jedoch nicht aus, um die für die Dekarbonisierung erforderlichen Investitionen zu sichern. Trotz ihrer Bedeutung für die Erreichung der Klimaziele sind die im SMAP erwähnten Investitionen unzureichend. Die Kommission räumt ein, dass solche Investitionen nicht rentabel sind, da die Einsparungen bei den CO<sub>2</sub>-Kosten durch die hohen Kosten für saubere Technologien und erneuerbare Energiequellen wie grünen Wasserstoff aufgewogen werden. In einem gewinnorientierten System schränkt dies private Investitionen ein. Leider bestätigen die jüngsten Ankündigungen von Unternehmen, Investitionen in kohlenstoffarme Technologien zu verschieben oder zu stoppen, unsere Befürchtungen. Um diese Hürde zu überwinden, wird die EU das bestehende Instrumentarium durch eine "EU Industrial Decarbonisation Bank" ergänzen, die 100 Mrd. EUR bereitstellen soll. Diese zusätzlichen Mittel sind zu begrüßen, aber sie werden nur dann zu greifbaren Ergebnissen führen, wenn neue und zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt werden und wenn strenge soziale Auflagen sicherstellen, dass öffentliche Gelder zu Investitionen und hochwertigen Arbeitsplätzen in Europa führen. Dies zeigt, dass marktorientierte Lösungen allein nicht ausreichen. Öffentliche Interventionen – durch strategische Finanzierungen und gegebenenfalls durch öffentliche Beteiligungen – werden für die Förderung des Übergangs von entscheidender Bedeutung sein.

Vorschläge der Kommission	Analyse von industriAll Europe
<p><b>Energie</b> <b>Gewährleistung des Zugangs zu sauberer und erschwinglicher Energie für die Metallindustrie</b></p>	
<p>1. Senkung der Energiepreise für energieintensive Industriezweige:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktionsplan für erschwingliche Energie</li> <li>• Konsultation der Mitgliedstaaten zu einem Beihilfeinstrument, das auf Strombezugsverträgen und der Verpflichtung der Industrie zur Verwendung von sauberem Strom basiert.</li> <li>• 4. Quartal 2025 – Leitlinien für die Gestaltung öffentlicher Förderregelungen für saubere Energie durch Differenzverträge und deren Kombination mit Strombezugsverträgen</li> <li>• 2. Quartal 2025 – Leitlinien für die Gestaltung von Netztarifen zum Nutzen des Metallsektors und anderer energieintensiver Industriezweige</li> <li>• 2026 – Überprüfung des EHS und des CBAM zur Kompensation indirekter Kosten für die Zeit nach 2030</li> </ul>	<p>Die Energiekosten stellen weiterhin eine existenzielle Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit des Stahl- und Grundmetallsektors dar. Der Aktionsplan sieht zwar mehrere Maßnahmen vor, die kurzfristig den Druck mindern könnten, er geht jedoch nicht ausreichend auf die strukturellen Ursachen der hohen und schwankenden Energiepreise ein.</p> <p>Eine wesentliche Schwachstelle ist das Fehlen einer Verpflichtung zur Reform des Strom- und Gasmarktrahmens. Ohne eine solche Reform sind energieintensive Branchen weiterhin hohen und schwankenden Kosten ausgesetzt. Mechanismen für die Weitergabe von Kostenvorteilen erneuerbarer und CO<sub>2</sub>-armer Elektrizität an Industrie und private Haushalte sind dringend erforderlich. Beispielsweise wäre die Entkopplung der Preise für erneuerbare Energien von den Gaspreisen – und damit die Abkehr vom derzeitigen Grenzpreismechanismus – ein wichtiger Schritt. Generell sollte die Regulierung der Energiepreise reformiert werden, um spekulative Elemente in den aktuellen Märkten anzugehen und die Auswirkungen der bisherigen Liberalisierung zu überdenken.</p> <p>Der Schwerpunkt des Aktionsplans liegt dabei auf nachfrageseitiger industrieller Flexibilität, was Bedenken aufkommen lässt. Eine übermäßige Flexibilisierung kann die Produktionsplanung durcheinanderbringen und die operative Stabilität wichtiger Industriestandorte gefährden. Darüber hinaus wird sich dies auf die Arbeitsbedingungen auswirken.</p> <p>Die vorgeschlagene Verwendung staatlicher Beihilfen und Steuerbefreiungen als primäre Entlastungsmechanismen hat ebenfalls ihre Grenzen. Angesichts der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen</p>

	<p>Haushaltskonsolidierung und des wachsenden Drucks auf die Staatshaushalte könnten sich solche Unterstützungsmaßnahmen langfristig als nicht finanzierbar erweisen. Strukturreformen – und nicht nur vorübergehende finanzielle Entlastungen – sind für eine dauerhafte Senkung der Energiekosten in energieintensiven Branchen unerlässlich.</p> <p>Für weitere Informationen siehe den Anhang von industriAll Europe zur Analyse des Aktionsplans für erschwingliche Energie.</p>
<p>2. Beschleunigung der Bereitstellung von Netzanschlüssen und der Einführung von erneuerbarem und CO<sub>2</sub>-armem Wasserstoff</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wasserstoff: <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Delegierter Rechtsakt zu CO<sub>2</sub>-armem Wasserstoff</li> <li>○ Bis zum 3. Quartal 2025 wird die Kommission die dritte Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Europäischen Wasserstoffbank vornehmen, mit der die Produktion unterstützt und so der Zugang für verschiedene industrielle Abnehmer, auch aus der Stahlindustrie, erleichtert werden soll.</li> </ul> </li> <li>• Netze: <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Bis zum 2. Quartal 2025 wird die Kommission Leitprinzipien zu den Voraussetzungen veröffentlichen, unter denen Vorabinvestitionen in Netzvorhaben gewährt werden sollten.</li> <li>○ Bis zum 4. Quartal 2025 wird die Kommission einen Vorschlag vorlegen, um den Netzzugang für energieintensive Projekte zur Elektrifizierung der Industrie zu erleichtern.</li> </ul> </li> </ul>	<p>Der Schwerpunkt des Aktionsplans auf dem Ausbau des Stromnetzes und CO<sub>2</sub>-armem Wasserstoff ist ein positiver und notwendiger Schritt. Beides ist für die Dekarbonisierung der Stahl- und Grundmetallerzeugung unerlässlich – insbesondere für Verfahren, die auf Elektrifizierung und wasserstoffbasierten Technologien beruhen.</p> <p>Der Erfolg dieser Säule hängt allerdings vom Tempo und der Klarheit der Umsetzung ab. IndustriAll Europe hat konkrete Forderungen zur Netzinfrastruktur vorgelegt (siehe Positionspapier von industriAll Europe <a href="#">An EU Grids Action Plan for a Just Energy Transition</a>).</p> <p>Aus unserer Sicht besteht die größte Herausforderung darin, den enormen Investitionsbedarf zur Modernisierung und zum Ausbau der Netze (584 Mrd. EUR bis 2030) im Rahmen der EU-Haushaltsvorschriften zu bewältigen, zumal die meisten Mitgliedstaaten nicht in der Lage sind, weitere Ausgaben zu tätigen, ohne sich stärker zu verschulden.</p> <p>Auch für die Nutzung von Wasserstoff hat industriAll Europe klare Erfolgskriterien formuliert: Verfügbarkeit von CO<sub>2</sub>-armem Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen, Investitionen in eine eigene Infrastruktur sowie verlässliche Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen. Die Gewährleistung dieser Punkte ist entscheidend, damit Wasserstoff eine praktikable und skalierbare Lösung für die Dekarbonisierung des Sektors wird.</p> <p>Die Wasserstoffstrategie im Stahlsektor bleibt jedoch unklar, insbesondere hinsichtlich der konkret zu fördernden Technologien, der vorrangig zu behandelnden Wasserstoffarten und der geografischen Verteilung der Investitionen –</p>

	allesamt Faktoren, die erhebliche Auswirkungen auf Kosten, Machbarkeit und Gerechtigkeit haben.
<b>CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)</b> <b>Vermeidung einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Q2 2025: Mitteilung mit einer Analyse und Optionen, wie die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen bei CBAM-Waren, die aus der EU in Drittländer ausgeführt werden, verhindert werden kann.</li> <li>• Q4 2025: umfassende Überprüfung des CBAM, die mit einer Strategie zur Verhinderung von Umgehungen und einem ersten Legislativvorschlag einhergeht: <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Ausweitung des Anwendungsbereichs des CBAM auf stahl- und aluminiumintensive nachgelagerte Produkte einschließlich</li> <li>○ zusätzlicher Maßnahmen zur Verhinderung von Umgehungen.</li> </ul> </li> </ul>	<p>IndustriAll Europe hat sich stets für einen wirksamen CBAM eingesetzt, um eine Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen zu verhindern und einen fairen Übergang für den Stahl- und Grundmetallsektor zu gewährleisten. Dazu gehören dringende Schutzmaßnahmen für Ausfuhren, strenge Maßnahmen zur Verhinderung von Umgehungen sowie Schutz vor „Resource Shuffling“ und der Verlagerung der nachgelagerten Produktion.</p> <p>Der Aktionsplan enthält mehrere positive und aktuelle Vorschläge, die wichtige Mängel des Sektors beheben. Insbesondere erkennt die Kommission erstmals das Risiko von „Resource Shuffling“ an. Dies ist ein entscheidender Schritt, um die Integrität des Systems zu verbessern.</p> <p>Der Text zeigt auch die bestehenden Schlupflöcher in der aktuellen Ausgestaltung des CBAM auf, insbesondere im Hinblick auf die Exportwettbewerbsfähigkeit, die nachgelagerten Wertschöpfungsketten und die Übergangsphase von der kostenlosen Zuteilung bis zur vollständigen Umsetzung des CBAM. Dies ist unerlässlich und steht im Einklang mit langjährigen Bedenken.</p> <p>Allerdings sind noch keine Einzelheiten zu der Initiative bekannt, obwohl deren Umsetzung dringend erforderlich ist, um eine Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen zu verhindern, die durch die Reform des Emissionshandelssystems im Jahr 2023 noch verschärft werden würde. Es müssen alle politischen Optionen zur Verhinderung von Carbon Leakage in Betracht gezogen werden, einschließlich einer Überarbeitung der Entscheidung, die kostenlosen Zertifikate auslaufen zu lassen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen rasch angenommen und durch eine strenge Überwachung flankiert werden.</p>
<b>Handel</b> Förderung und Schutz der europäischen industriellen Kapazitäten	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Handelspolitische Schutzinstrumente und andere Handelsmaßnahmen</b></li> </ul>	Die globalen Überkapazitäten sind nach wie vor eine der größten strukturellen Bedrohungen für die

<ul style="list-style-type: none"> <li>○ Änderungen der Schutzmaßnahme für Stahl, die am 1. April 2025 in Kraft treten sollen (um den jüngsten Marktentwicklungen Rechnung zu tragen)</li> <li>○ Bereitschaft, eine Untersuchung über Schutzmaßnahmen im Aluminiumsektor einzuleiten und ggf. die handelspolitischen Schutzinstrumente einzusetzen.</li> <li>○ Q3 2025: neue Handelsmaßnahmen zum Ersatz der Schutzmaßnahmen für Stahl ab dem 1. Juli 2026 mit einem sehr hohen Maß an Schutz</li> <li>○ Untersuchung der Schutzmaßnahmen für Ferrolegierungen (bis spätestens 18. November 2025)</li> <li>○ Prüfung der Einführung der Regel „geschmolzen und gegossen“, mit der das Land, in dem die Metallware ursprünglich geschmolzen und gegossen wurde, ermittelt werden kann.</li> </ul>	<p>europäische Stahl- und Grundmetallindustrie, da sie den fairen Handel unterminieren und eine Verzerrung der internationalen Märkte verursachen. In diesem Zusammenhang hat industriAll Europe wiederholt eine EU-Handelspolitik gefordert, die den Stahl- und Grundmetallsektor sowohl durch kurzfristige Durchsetzungsmaßnahmen als auch durch langfristige strukturelle Reformen schützt.</p> <p>Der Aktionsplan spiegelt das wachsende Bewusstsein für diese Herausforderungen wider und enthält mehrere positive Punkte. Der Einsatz der Europäischen Kommission für die Stärkung der Handelsschutzinstrumente – Antidumping-, Antisubventions- und Schutzmaßnahmen – ist zu begrüßen und unerlässlich, um den anhaltenden unlauteren Handelspraktiken und der Umgehung von Handelsregeln entgegenzuwirken. Die Einleitung einer Untersuchung zu Schutzmaßnahmen für Aluminium ist ebenfalls ein positiver Schritt in Richtung umfassenderer Schutzrahmen.</p> <p>Bei der Bekämpfung globaler Überkapazitäten ist es entscheidend, zwischen Ländern zu unterscheiden, die vollständig in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) integriert sind, und solchen, die außerhalb des europäischen Rechtsrahmens liegen. EWR-Partner wie Norwegen, die sich an EU-Standards orientieren und Teil des industriellen Ökosystems Europas sind, dürfen bei der Konzeption von Schutzmaßnahmen nicht versehentlich als externe Akteure behandelt werden.</p> <p>Dauerhafte Schutzmaßnahmen müssen auch unter vollständiger Berücksichtigung der europäischen industriellen Wertschöpfungsketten konzipiert werden, um sicherzustellen, dass die Beschäftigten vor unfairem globalem Wettbewerb geschützt sind, ohne die Zusammenarbeit innerhalb des gesamten europäischen Stahlökosystems zu untergraben. In diesem Zusammenhang ist es angesichts der tiefen Integration der Lieferketten und der gemeinsamen industriellen Interessen von entscheidender Bedeutung, dass die Maßnahmen mit der Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vereinbar bleiben.</p>
--	---

	<p>Wir unterstützen die Einführung der „geschmolzen und gegossen“-Regel zur Ursprungsbestimmung. Diese würde die Durchsetzung erheblich verbessern und bestehende Schlupflöcher schließen. Die derzeitige Haltung der Kommission, lediglich die Durchführbarkeit dieser Regelung prüfen zu wollen, ohne sich zu ihrer Annahme zu verpflichten, steht jedoch nicht im Einklang mit dem dringenden Handlungsbedarf.</p> <p>IndustriAll Europe setzt sich weiterhin für eine umfassende europäische Handelsstrategie ein, die wirksame Schutzinstrumente, die Unterstützung der industriellen Kapazitäten in Europa und ein Bekenntnis zu einem fairen und regelbasierten internationalen Handel miteinander verbindet.</p> <p>Siehe das Positionspapier von industriAll Europe zum Thema „<a href="#">Nachhaltiger Handel</a>“, das 2025 angenommen wurde.</p>
<p><b><u>Kreislaufwirtschaft</u></b> <b>Förderung der Kreislaufwirtschaft für Metalle</b></p>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Q3 2025: Handelsmaßnahmen, um eine ausreichende Verfügbarkeit von Schrott sicherzustellen.</li> <li>• Q4 2026: Machbarkeitsstudie zu den Verpflichtungen in Bezug auf den Rezyklatanteil von Stahl und Aluminium nach der Altfahrzeugeverordnung</li> <li>• Q4 2026: Einführung von Verpflichtungen in Bezug auf den Rezyklatanteil von Aluminium in bestimmten Bauprodukten</li> <li>• Q4 2026: Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft, um das Funktionieren der Märkte für Sekundärrohstoffe zu verbessern und einen Binnenmarkt für Abfälle zu schaffen.</li> <li>• Bewertung der Machbarkeit der Einführung von Anforderungen an die Recyclingfähigkeit und/oder den Rezyklatanteil für Stahl, Aluminium und Kupfer in bestimmten Produkten gemäß der Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte</li> </ul>	<p>Der klare Fokus auf die Kreislaufwirtschaft ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Plan enthält jedoch derzeit vor allem allgemeine Maßnahmen, sodass sich die Auswirkungen auf den Sektor nur schwer einschätzen lassen. Die damit verbundene Anerkennung von Stahlschrott als strategischem Sekundärrohstoff ist zu begrüßen. Nun sind jedoch gezielte Maßnahmen erforderlich, um diesen Status zu sichern.</p> <p>Es ist ermutigend, dass die Kommission Handelsmaßnahmen in Betracht zieht, um die Verfügbarkeit von Altmetallen sicherzustellen, bilaterale Abkommen zur Diversifizierung und Sicherung der Rohstoffversorgung nutzen und gleichzeitig illegale Ausfuhrverbote und Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen will.</p> <p>Der Schwerpunkt auf einer konsequenten Durchsetzung der überarbeiteten Abfallverbringungsverordnung, um die Verbringung von Altmetallen in Länder mit niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards zu verhindern, ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Eine wirksame Umsetzung wird jedoch entscheidend sein.</p> <p>Wir stimmen der Feststellung „mangelnder Nachfrage seitens der EU-Industrie“ nach Schrott</p>

	<p>nicht zu. Dies hängt mit den Bemühungen zur Förderung der Rezyklatnachfrage durch unterstützende politische Maßnahmen zusammen, die noch folgen sollten.</p>
<p><b>Arbeitsplätze</b> <b>Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze in der Industrie</b></p>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Frühjahr 2025: Änderung der Verordnung über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Damit soll die Möglichkeit der Unterstützung von Unternehmen in Umstrukturierungsprozessen ausgeweitet und Beschäftigte vor dem Risiko der Arbeitslosigkeit geschützt werden.</li> <li>• Europäische Beobachtungsstelle für einen gerechten Übergang und der Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze (beide im Deal für eine saubere Industrie angekündigt): Integration der Grundsätze des gerechten Übergangs in alle Projekte des industriellen Wandels, damit die Arbeitnehmerrechte geschützt und hochwertige Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert werden.</li> </ul>	<p>Der Aktionsplan enthält klare Aussagen zu hochwertigen Industriearbeitsplätzen und anerkennt, dass die EU-Arbeitsnormen gewahrt, Arbeitsplätze geschützt und die Sozialpartner in die Bewältigung des Übergangs einbezogen werden müssen. Die Säule „Arbeitsplätze“ ist jedoch mit nur zwei zentralen Vorschlägen – Einrichtung einer Beobachtungsstelle für einen gerechten Übergang und Änderung der Verordnung über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) und der Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds (ESF+) – dürftig ausgefallen.</p> <p>Die Einrichtung der Beobachtungsstelle für einen gerechten Übergang ist ein positiver Schritt im Einklang mit dem Manifest für einen gerechten Strukturwandel von industriAll Europe. Mithilfe verbesserter Datenerhebung und einer Bestandsaufnahme sollen die von strukturellem Wandel betroffenen Beschäftigten und Regionen besser unterstützt werden. Eine Diagnose allein reicht jedoch nicht aus. Es sind sofortige und entschlossene Maßnahmen erforderlich.</p> <p>Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem Rechtsrahmen zur Antizipation von Veränderungen und einem Schutzmechanismus zur Vermeidung betriebsbedingter Entlassungen, bis Verhandlungslösungen gefunden sind.</p> <p>Insbesondere fehlt ein Verweis auf SURE 2.0, ein wichtiges ergänzendes Instrument zur Unterstützung der Beschäftigten. Insgesamt muss diese Säule erheblich ausgebaut werden, damit die Zusagen in wirksame und zeitnahe Unterstützung für die Beschäftigten des Sektors umgesetzt werden können.</p>
<p><b>Nachfrage</b> <b>Verringerung des Risikos von Dekarbonisierungsprojekten durch Leitmärkte und öffentliche Unterstützung</b></p>	

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Leitmärkte:             <ul style="list-style-type: none"> <li>○ CO<sub>2</sub>-arme Metalle als Marktstandard</li> <li>○ Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien zur Förderung der Erzeugung sauberer Produkte – Anwendung nicht preisbezogener Kriterien auf den EU-Haushalt, nationale Förderprogramme sowie auf die öffentliche (und private) Beschaffung</li> <li>○ Freiwillige Kennzeichnung für die CO<sub>2</sub>-Intensität von Industrieerzeugnissen – Beginn mit Stahl im Jahr 2025</li> </ul> </li> <li>• Risikominderung bei Projekten mit hohen Investitionskosten             <ul style="list-style-type: none"> <li>○ 2025: Pilotauktion in Höhe von 1 Mrd. EUR zur Unterstützung der Dekarbonisierung der Industrie und der Elektrifizierung wichtiger industrieller Prozesse, um dadurch auch die Elektrifizierung von Stahl- und Metallindustrieprozessen zu erleichtern.</li> <li>○ Innovation: Reform des Forschungsfonds für Kohle und Stahl und Veröffentlichung von Ausschreibungen für Vorzeigeprojekte im Rahmen dieses Forschungsfonds in den Jahren 2026 und 2027</li> </ul> </li> <li>• Unterstützung konkreter Projekte durch die Verordnung zu kritischen Rohstoffen</li> <li>• Vereinfachung von Rechtsvorschriften (Omnibus)</li> </ul>	<p>Die Forderung nach der Förderung von grünem Stahl durch ein EU-Kennzeichnungssystem, Präferenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sowie Anreize für nachgelagerte Sektoren steht im Einklang mit den Dekarbonisierungserfordernissen der Branche. Diese Maßnahmen werden derzeit allerdings nur im Rahmen des geplanten Rechtsakts zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie (IDAA) angekündigt, ohne dass konkrete Details genannt werden. Ihre potenziellen Auswirkungen können erst nach erfolgter Veröffentlichung dieser Rechtsvorschrift umfassend bewertet werden.</p> <p>Soziale Auflagen müssen gelten, wenn öffentliche Gelder fließen oder öffentliche Unterstützung gewährt wird. Das geht aus diesen Vorschlägen nicht eindeutig hervor.</p> <p>Gezielte Anforderungen an die Wertschöpfung in Europa (“local content”) im Eisen- und Stahlsektor können als wirksameres industriepolitisches Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Fertigungsindustrie dienen als freiwillige Umweltkennzeichnungssysteme oder Initiativen zur grünen Zertifizierung.</p> <p>In Bezug auf die Rohstoffstrategien betonen die Gewerkschaften, wie wichtig es ist, die Sozialpartner in den Auswahlprozess strategischer Projekte im Rahmen der Verordnung zu kritischen Rohstoffen einzubeziehen. Nur so können ausgewogene Entscheidungen und faire Ergebnisse gewährleistet werden.</p> <p>Hinsichtlich des ersten Omnibus-Vorschlags, der umfassende Vereinfachungen in den Bereichen Nachhaltigkeitsberichterstattung, Sorgfaltspflichten in Bezug auf Nachhaltigkeit, Taxonomie und CBAM vorsieht, gibt es große Bedenken. Diese weitreichenden Änderungen bergen nach Ansicht von industriAll Europe die Gefahr einer Deregulierung statt einer Vereinfachung.</p>
---	---